

Malaysia ist das relativ reichste Land Asiens. Sein per capita-Einkommen (1973 = 480 US\$, nach malaysischer Quelle 1974 = 700 US\$) übertrifft die meisten Asiens mit Ausnahme von Japan, Hong Kong und Singapur. Die Bevölkerungsdichte (1974 = 36 per km²) erlaubt Uebersicht. Die Verwaltungsstruktur, die von den Engländern schon lange vor der Unabhängigkeit aufgebaut wurde, bleibt im Rahmen der asiatischen Toleranz zuverlässig.

Das 12 Millionen Einwohner starke Land hat durch den Export von Kautschuk, Zinn, Palmoel, Holz und nun auch Erd-oel ein zwar den Preisschwankungen unterworfenenes, aber doch konstantes Einkommen. Die Industrialisierung schreitet schnell fort. Bereits beläuft sich der Anteil der Fertigfabrikate am Export auf 20 %. Von 1971 bis 1974 ist das GNP von 12 auf 17 Milliarden Ringgit (1 R = 0,9 Fr.) angestiegen. Die Zahlungsbilanz war bis vor kurzem aktiv. Die Abhängigkeit von der Agrarwirtschaft nimmt ab. Malaysia ist nicht mehr ein reines Entwicklungsland. Es ist zu einem interessanten Partner der Industrieländer geworden. Davon profitieren Japan mit 25 % an den Importen, England und USA mit je 9%, Deutschland mit 4 %, die Schweiz mit einem durchschnittlichen Exportwert von 30 Millionen R mit ca. 0,3 %, etwas mehr als Oesterreich, aber bedeutend weniger als Schweden und Belgien. Die Volksrepublik China hat einen steigenden Anteil am Markt. Der Arbeitsmarkt wird als günstig beurteilt. Die Zusammenarbeit der Arbeitgeber mit den Gewerkschaften ist harmonisch, die Lohnforderungen normal. Schliesslich ist die Korruption dank ansehnlichen Salären und noch etwas britischer cleanliness duldbar.

Wie stark die Welt-Rezession die malaysische Expansion schroepfen wird, kann man noch nicht ermessen. Die Statistik über das erste Quartal 1975 ist verhältnismässig ermunternd. Zwar sank die Gesamtproduktion um 20 % zufolge des Rückganges der Nachfrage für Rohstoffe. Aber auch der Import sank stark,

so dass die Handelsbilanz ein geringes Defizit (5,7 Millionen R) verzeichnete. Der Inflationsdruck für das Quartal liess dementsprechend nach. Die Quartalsrate sank von 21.4 (1974) auf 8.5 % (1975) und für das ganze Jahr auf 5.2 %.

Der 1976 auslaufende zweite Fünfjahresplan war bis jetzt trotz der international bedingten Schwankungen erfolgreich. Ein durch die Inflation erzeugter Kapitalmangel bedingt drastische Einsparungen der Regierungsausgaben, denen nachgelebt wird. Der dritte Fünfjahresplan verspricht der Expansion neue Impulse zu verschaffen. Bis dann konzentriert sich die Regierung auf die allernötigsten Investitionen in die Industrie.

* *
*

Durch den kommunistischen Sieg in Indochina hat der politische Faktor in der Beurteilung der Zukunftsaussichten erhöhte Bedeutung erhalten. Asiens Länder dürfen nicht über einen Leisten geschlagen und Hanois Vorstoss nicht mutatis mutandis auf die Halbinsel übertragen werden. Sicher muss man nicht glauben, dass Malaysia von der Auseinandersetzung des Kapitalismus mit dem Kommunismus verschont bleibt. Der Antagonismus spielt sich aber hier nicht, wie in Indochina beispielsweise, im Armenhaus ab. Zudem verfügt dieses Volk über ethnische und moralische Kräfte, die widerstandsfähig sind, und schliesslich findet der Ansturm gegen den kolonialistischen Einfluss hier immer weniger Angriffsfläche. Reichtum ist vorhanden. Er ist schlecht verteilt, doch sind die Gelegenheiten zum friedlichen Ausgleich greifbar. Mit den Einschränkungen, die von den sozialen Gegensätzen auferlegt werden, hat der Kapitalismus noch seine Chancen. Gerade hier könnte er im Rahmen des Experimentes der neuen Weltwirtschaftsordnung ein Exempel statuieren.

Bei den Kontakten mit den verantwortlichen Magistraten zeigt sich die Sorge um die Schaffung einer optimalen Gesellschaftsstruktur. Die jüngere Garde ist vom Gedankengut der Allianzfreien und der Dritten Welt eingenommen und ist zu aller Art Experimente bereit. Sie verabscheut das Manchester-tum und optiert lieber für Effizienz im Sinne der sozialdemokratischen Vorausplanung. Das Schlagwort heisst "property-owning democracy". Oft hört man auch den Begriff des "goldenen Jugoslawien". Ziel ist jedenfalls die Ermutigung der gefährdeten Jugend zum privatwirtschaftlichen Wagnis im Wohlfahrtsstaat mit Vollbeschäftigung.

Bei der Aufteilung der Güter sind die Nachkommen der Urbewohner, die Bumiputras, die Aermsten. Ihre ethnischen Veranlagungen drängen sie nicht so sehr zum Besitztum wie die Chinesen und die Inder. Die Prosperität könnte sie wie die Indianer in Amerika "ueberfahren". Man will sie der staatsfeindlichen Propaganda entziehen, indem ihnen von Staates wegen im Rahmen der Bekämpfung der Armut leichtere Bedingungen im Existenzkampf eingeräumt werden. Die Eingliederung der Bumiputras hat somit politische Priorität, die sich auch in der Wirtschaftsgesetzgebung auswirkt.

* *
*

Die Massnahmen der Regierung zur Integrierung der "Einheimischen" sind weder von den eingesessenen Handelsleuten weisser Hautfarbe, noch von den Chinesen verstanden worden. Die Fachpresse hat sie stark kritisiert. Der britische Hochkommissär hat sogar diplomatische Schritte zur Klärung der Lage und zur Beruhigung seiner Schutzempfohlenen unternommen. Es geht konkret um die Verwirklichung der Richtlinien, wie sie im Programm der sog. New Economic Policy (NEP) im Rahmen des

./.

Fünfjahresplanes 1971-76, dem Industrial Coordination Act 1975 (ICA) und dem Petroleum Development Act 1975 (PDA) festgelegt worden sind.

Malaysia ist in einem grossen Masse auslandabhängig. Der Anteil des Auslandes am gesamten Kapital ist durchschnittlich 61 %, wobei 75 % in Landwirtschaft, Holz und Fischerei, 70 % im Bergbau, 65 % im Handel, 60 % in der Manufaktur und über 50 % in Banken und Versicherungen. Der Verteilungsschlüssel im Gesamtbesitz steht zwar etwas günstiger, nämlich 21 % ausländisch, 37 % Bumiputra und 42 % chinesische Malaysier. Aber die Auslandsbeherrschung der Gesellschaften machen der Regierung in innenpolitischer Hinsicht grösste Schwierigkeiten, verhilft sie doch der kommunistischen Propaganda gerade nach dem Wechsel in Indochina zu einer wirksamen Waffe. Die Umstrukturierung der Besitzverhältnisse ist innenpolitisch stichhaltig. Man hofft, dass sie auch gegen aussen Gehör finden wird. Es handelt sich dabei nicht um die Kürzung bestehender Rechte, sondern um die Vorwärtskorrektur einer expandierenden Wirtschaft. Nach NEP soll die 61 %-ige Auslandabhängigkeit bis 1990 auf 30 % reduziert werden. In Ringgitbeträgen bedeutet jedoch der fremde Anteil von 30 % im Jahre 1990 14 Milliarden R anstatt heute 3,2 Milliarden, d.h. etwa vier mal mehr. Der nicht malayische Anteil kann von 37 % auf 40 % ansteigen, was den Bumiputra-Anteil von 2 % auf 30 % anwachsen lässt. Wie sich die Bumiputra das nötige Kapital beschaffen und wie sich die Chinesen zurückbinden lassen, das sind vorläufig noch offene Fragen. Jedenfalls bereiten sich die ausländischen Firmen auf die Änderungen vor, denn sie wollen sich das Geschäft nicht entgehen lassen. Die Regierung ist entschlossen, diese Politik durchzuführen und hat die entsprechenden Massnahmen zum Vollzug eingeleitet. Im ICA wird ein Bewilligungsverfahren für Neugründungen und Erweiterungen der Betriebe eingeführt und im PDA nimmt sich die Regierung das Recht aus, mit einem 1 %-igen Anteil in sog. Management Shares das Geschick der Erdoelgesellschaften selbst zu lenken.

Das Investierungsklima hat unter der Einführung dieser Massnahmen etwas gelitten. Man hat sie auch als kalte Nationalisierung bezeichnet. Auf dem Hintergrund der schwer auszutreibenden Dominotheorie haben sie verständlicherweise schärfere Konturen angenommen, als sie in der Tat haben. Jedenfalls hat sich die Regierung bemüht, die Absichten etwas besser zu erklären. Dabei hat sie auch die nötige Differenzierung eingeführt. Sie unterscheidet nämlich einerseits zwischen fremdländischer Beteiligung an staatswichtigen Gesellschaften (insbesondere Rohstoffe) und der Konsumgüterproduktion, Dienstleistungen sowie Invisibles. Für die ersteren gilt die Formel 30:40:30, während für die anderen die fremden Gesellschaften mit einem Verhältnis von 49:51 rechnen können. In jedem Falle werden die "Joint ventures", wie auch die Errichtung von Pionierunternehmen negoziabel bleiben.

Andererseits wurde mir auch zu verstehen gegeben, dass eine bessere Verteilung der Provenienzen gesucht wird. Eine allzugrosse Abhängigkeit von Japan, England u.a. will man vermeiden. Es war auffallend, wie bei meinen Antrittsvisiten vom Monarchen bis zum jüngsten Minister vom Wunsch einer engeren Zusammenarbeit mit der neutralen Schweiz gesprochen wurde. Man stellt sich offenbar vor, dass unser Name im Verband mit der malaysischen Expansion eine Art politischer Garantieschein darstellen könnte. Wie sich dieses Begehren in der Praxis auswirkt, sollte sich bald im Zusammenhang mit einem Consulting-Auftrag zeigen, wo ein Schweizer-Unternehmen in Konkurrenz mit England, USA und Australien steht.

Unsere Wirtschaft hat in der Tat in diesem Lande gut Fuss gefasst. Einige Landsleute beklagen sich, dass die allgemeine Werbung im Vergleich zur Konkurrenz vernachlässigt würde. Viele Länder haben aus ihrer technischen Hilfe beste Ausgangspositionen geschaffen, die von uns durch mühsame persönliche Kontakte ersetzt werden müssen. Aber immerhin erfreuen sich

die traditionellen "Asienfahrer" wie Néstlé, Diethelm, Zuellig bester Einführung. Dazu sind Überseehandel, Fabrikanten von Uhrenbestandteilen, elektronischen Medizinalgeräten und Schaltern gekommen, die im Genusse von Vergünstigungen das Malaysiageschäft als sehr versprechend beurteilen. In den zuständigen Ministerien wurde angeregt, dass sich unsere Wirtschaft vermehrt für die Investitionen auf dem Sektor Technologie mit Ausbildungsmöglichkeiten und der Invisibles-Einkünften, namentlich Consulting im ASEAN-Raum, interessiere. Weniger Aussichten müssten Banking und Versicherungen haben, wogegen Tourismus und Shipping mit der Unterstützung der malaysischen Behörden rechnen dürften.

Unweigerlich muss der Appetit Malaysias für eine vermehrte schweizerische Beteiligung mit den Interessen Singapurs in Konflikt kommen. In dieser Beziehung herrschen zu viele Emotionen, als dass man sich ein objektives Urteil über die Aussichten erlauben könnte. Sicher ist allerdings, dass die natürlichen Reserven Malaysias ungleich grösser sind als diejenigen Singapurs.

An verschiedenen Orten hat man den Wunsch geäußert, dass eine Schweizerische Wirtschaftsdelegation West- und Ost-Malaysia besuche. Zur besseren Beurteilung der Lage könnte Singapur gegebenenfalls auch Gegenstand einer solchen Good Will Tour sein. In vielen Fällen sind die Probleme eng miteinander verbunden. Dies gilt auch für die Zukunft von Brunei, ein weiterer Erdoellieferant.

* *
*

Angesichts der Rezession in der Schweiz einerseits und der Entwicklung in Südostasien andererseits komme ich zum Schluss, dass sich ein Ausbau unserer Beziehungen in diesem Raum lohnt. Unter diesen Umständen beantrage ich die nähere Erörterung folgender Vorschläge:

- baldiger Abschluss des Investierungsabkommens und Unterzeichnung in Kuala Lumpur durch einen Handelsbotschafter,
- seine Unterzeichnung könnte verbunden werden mit einem Südost-Asienbesuch einer schweizerischen Wirtschaftsgruppe,
- Verbesserung der Information und Publizität in Malaysia, so dass mit der schweizerischen Präsenz das malaysische Interesse an der Schweiz gefördert werden kann,
- Anfertigung einer Informationsbroschüre in malaysischer Sprache für eine breite Streuung (die Botschaft hat pro Woche zwischen 24-30 Anfragen),
- die Ernennung eines Handelsattachés oder Kommissärs für die malayische Halbinsel, Singapur, Borneo, Sarawak und Sabah.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter

Peter S. Erni

P.S.: Für Details über den Handel verweise ich auf die Länderdokumentation Malaysia (Nr. 355) der SZH.